

<b>Protokoll</b>		
<b>24. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses (LKJA) in seiner 2. Wahlperiode</b>		
Datum: 14.10.24 Uhrzeit: 14-17 Uhr Ort: MBJS/ Haus 1 Raum: E.34	<u>Anwesende:</u> vgl. TN-Liste <u>Tagesordnung:</u> s.u. Anlagen: zu den TOPs 3, 5, 7, 8,11	Protokoll: Christin Fischer (Ricarda Wüstner)

Nr.	Art <sup>1</sup>	Wer	Thema	Bemerkung/ Abstimmung
1	F (B)	Herr Mones	<b>Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss der Tagesordnung:</b> 16 beschlussfähige Mitglieder sind zu Beginn der Sitzung anwesend. Damit ist der LKJA noch nicht beschlussfähig. Auch im Verlauf der Sitzung wird die Beschlussfähigkeit nicht erreicht, da zu keinem Zeitpunkt genügend stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.	nicht beschlussfähig; (TOPs von den Anwesenden einstimmig angenommen)
2	(F)	Herr Mones	<b>Genehmigung des Protokolls der Sitzung des LKJA vom 24. Juni 2024</b> Frau Heyland vom Kinder-Eltern-Beirat wünscht eine Änderung/Ergänzung betreffend ihre Ausführungen zu den U14-Kindern in der letzten Sitzung. Herr Schulz vom MBJS schlägt vor, sie möge ihm den genau gewünschten Wortlaut per E-Mail zukommen lassen.	(Zur Kenntnis genommen) mit einer Ergänzung
3	I, F	Herr Westphal Herr Mones	<b>Neukonstituierung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses, neue Geschäftsordnung</b> In der Übergangszeit gelten die alten Mitgliedschaften nach wie vor. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt jedoch nach dem neuen KJG. <u>Siehe 5. Erläuterungsschreiben zum BbgKjG von Herrn Westphal.</u>	

<sup>1</sup> A = Auftrag    \* B = Beschluss    \* E = Empfehlung    \* F = Feststellung    \* I = Information

			<p>Mitglied sind nicht die Institutionen, sondern es handelt sich um persönliche Mitgliedschaften.</p> <p>Das Ausscheiden einzelner Mitglieder, soll bitte mitgeteilt werden, denn dann verringert sich offiziell die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder.</p> <p>Die neue Geschäftsordnung des LKJA wurde versandt und zur Diskussion gestellt.</p> <p>Herr Mones schlägt vor, den Beschluss für die neue GO später vom neuen LKJA vornehmen zu lassen.</p> <p>Frau Radig schlägt vor: Eine Beschäftigung mit der neuen GO vorab via Kommentarfunktion im Umlaufverfahren.</p> <p>Herr Westphal kündigt an, es werde ein Beschlussregister geben. Ebenso soll eine systematische Erfassung der Empfehlungen erfolgen und eine Liste erstellt werden. Im Amtsblatt wird im Übrigen ebenfalls veröffentlicht was als Empfehlung gilt.</p> <p><u>Gültigkeit von Empfehlungen (E): 5 Jahre</u></p> <p>Über ältere E kann beraten werden, ob Sie noch gültig sein können. Die Aktualität der Inhalte müsste dafür überprüft werden.</p> <p>E werden vom MBS als oberste Landesjugendbehörde ausgesprochen und veröffentlicht. Die Autorenschaft spielt keine Rolle, Sie können auch von außen erarbeitet und eingereicht werden beim MBS, müssen dann aber ein Verfahren durchlaufen. Das MBS gibt amtliche Empfehlungen heraus.</p> <p>Herr Einig fragt nach zum KJG §105 Abs. I</p> <p>Herr Westphal führt aus, der LKJA kann E vorschlagen, diese müssten aber geprüft werden um amtliche E zu werden.</p> <p>E sind Verwaltungsvorschriften mit eingeschränkter Außenwirkung z.B. Bildungsplan.</p> <p>Es kann <u>begründet abgewichen</u> werden und einzelne Ausnahmen geben.</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Frau Hildebrandt wendet ein, die Anwendung in der Praxis sei zu thematisieren und zwar nicht nach rein juristischen Gesichtspunkten.</p> <p>Herr Westphal erklärt eine E ist keine Rechtsverordnung und kein Gesetz.</p> <p>Herr Mones regt an, den Punkt der <u>Verbindlichkeit</u> genauer zu betrachten.</p>	
4	I (B)	Herr Mones Frau Hansen	<p><b>Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg und die darauffolgenden Konsequenzen für die Kinder- und Jugendhilfe</b></p> <p>Es erfolgt eine Kurzinformation zum Thema durch Herrn Mones. Die nähere Auseinandersetzung wird vertagt.</p> <p>Frau Hansen teilt mit, dass der UA JJJ sich mit dem Thema Nachhaltigkeit und Jugend befasst hat. Darüber hinaus wohnte sie dem Landesnachhaltigkeitsbeirat bei, um die Interessen von KJ zu vertreten. Gerechtigkeitsthemen betreffend KJ seien auch für die außerschulische Jugendbildung relevant. Es gibt das Jugendforum Nachhaltigkeit.</p> <p>Silke Hansen und Matthias Hoffmann sind beauftragt das Thema zu bearbeiten. Mit Hilfe der zuständigen Referate soll in der nächsten Sitzung der Beschluss dazu erfolgen.</p>	Vertagt: Beschlussfassung in nächster Sitzung
5	I	Herr Hoffmann	<p><b>Information zum Startchancen-Programm / Schulsozialarbeit in Brandenburg</b></p> <p>BE: Matthias Hoffmann, Ref. 25 <u>Vgl. RL SaS SCP</u></p> <p>4 –Kick-Off Veranstaltungen gab es Mitte Oktober in staatlichen Schulämtern zum Programmauftakt. Den Schulen sind die Startchancen Plaketten überreicht worden.</p> <p>Vorschlag: Benehmensherstellung im Umlaufverfahren Die neue RL kommt zum 01.01.2025. Es gibt 110 Startchancen Schulen im Land BB. Förderung von Schulsozialarbeit erfolgte bislang 2 Formen: -Aufholen nach Corona -Personalkostenförderprogramm Mischfinanzierungsform soll aufgenommen werden um zu garantieren, dass keine Einbußen bei den Jugendämtern zu verbuchen sind 2024/25.</p>	Benehmensherstellung im Umlaufverfahren

		<p>Frau Poschmann stößt eine Diskussion zur Qualifikation in der RL an. Multiprofessionalität könne aus vielen Professionen bestehen. Warum erfolgt in der RL eine Eingrenzung. Frau Poschmann bezieht sich auf das SGB VIII, welches weiter gefasst ist.</p> <p>Herr Westphal erwidert, dass höchstes Qualifikationsniveau für die herausfordernde Aufgabenwahrnehmung erforderlich sei und auch eine tarifrechtliche Aufwertung damit verbunden sei. Die Träger könnten aber selbst entscheiden, insbesondere freie Träger und auch LK können in einzelnen Fällen von RL abweichen. <u>Das Fachkräftegebot kann nicht gelockert werden, aber einzelne Abweichungen sind möglich.</u> Daher gilt die Öffnungsklausel durchaus.</p> <p>Frau Radig kritisiert, dass der Festbetrag sich bis 2029 nicht verändert, obwohl es Tarifierpassungen gibt.</p> <p>Dr. Obermann verweist auf die Defizite in der Finanzierungssituation der LK.</p> <p>Herr Hoffmann erklärt, die MBS-Berechnung des Festbetrags habe sich an dem orientiert, was bereits geflossen ist. Eventuell könne man bei Engpässen eine Lösung vereinbaren. Es erfolgt keine Dynamisierung aufgrund von Budgetgrenzen im Landeshaushalt.</p> <p>Herr Westphal stimmt zu: 44500 € sind jährlich für Startchancen Schule vorgesehen. Er bittet um die Benennungsherstellung in der nächsten Sitzung.</p> <p>Herr Einig entgegnet: Die Fortschreibung ohne Dynamisierung bedeute entweder ein Defizit in der Kasse oder die Verringerung der Maßnahmen.</p> <p>Es kommen in der Diskussionsrunde Fragen zu Verbreitung und Struktur der Schulsozialarbeit auf:</p> <p>Herr Hoffmann vom MBS aus dem Ref.16 nennet die Zahlen des Startchancen-Programms: Keine Schulsozialarbeit hat vorher 16 der teilnehmenden Schulen, 94 hatten sie bereits implementiert. Insgesamt deckt das Programm 110 Schulen ab. Herr Westphal verweist auf die heterogene Struktur der Schulsozialarbeit in DE. Daher gebe es keinen Gesamtüberblick. Die Schulsozialarbeit ist eine kommunale Aufgabe, das Land habe keine Übersicht. Es gibt mehr Angebote als das Land fördert.</p> <p><u>Dr. Einig meint das Fachkräftegebot sei vorhanden, es bedarf aber zusätzlich eines Ausführungsgesetzes.</u></p> <p>Herr Mones befürwortet die Zulassung von Bewerbenden mit einem ähnlichen Hochschulabschluss.</p>	
--	--	--	--

			<p>Frau Poschmann wendet ein persönliche Biografien, Qualifikationen verschiedenster Art könnten ein hohes Praxisniveau ermöglichen. Es gebe eine Fixierung auf Abschlüsse in DE. Herr Mones warnt, es bestehe die Gefahr der Verletzung des Fachkräftegebots. Eine Prüfung der Eignung sei aber auch relevant, trotz formaler Abweichungen kann jemand hervorragend geeignet sein.</p> <p>Frau Radig ist dafür Zugänge zu sichern.</p> <p>Frau Hildebrandt plädiert dafür Weiterqualifikationswege aufzuzeigen.</p> <p>Herr Hoffmann wendet ein, es gebe spezifische Ausbildungsinhalte, die den unterschiedlichen Abschlüssen zu Grunde liegen würden d.h. der fachliche Background.</p> <p>Herr Mones ergänzt die erfahrungsbezogene Kompetenzorientierung sei trotz aller Vorgaben angebracht.</p>	
6	I	Herr Dr. Einig	<p><b>Bedarfsgerechte Angebote für junge Menschen mit komplexem Hilfebedarf – Rahmenbedingungen und Unterstützung der Angebotsentwicklung</b></p> <p>BE: Dr. Einig, UA Kita, UA HzE</p> <p>Vorstellung UA HzE</p> <p>Es wird die Bitte an den LKJA gerichtet eine Beschlussvorlage zur Problematik zu erstellen.</p> <p>Eine drastische Zunahme an jungen Menschen mit psychischer Belastung ist statistisch zu verbuchen. Die Plätze zur Aufnahme und Behandlung bzw. die Kapazitäten des Landes sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Die KJ bewegen sich deswegen zwischen Kliniken und in Inobhutnahmestellen.</p> <p>Sowohl nach der Schließung der Haasenburg im Jahr 2013 als auch nach dem Film Systemsprenger 2019, seien fachliche Diskurse angefacht worden, die zu Neuüberlegungen führten. Viele Angebote sollten neuformuliert werden, zentral seien die Punkte Sicherheit und Kindrechte. Ein interdisziplinärer Fachaustausch zwischen den Kliniken und Ministerien wird ange-regt.</p> <p>Herr Westphal antwortet, die Bedarfslage werde gesehen, es handele sich um ein bundesweites Phänomen. Bei Platzmangel erfolgt das Ausweichen auf andere Bundesländer.</p> <p>Die Arbeitsgruppen AGJF und JFMK Arbeitsgruppen sind mit dem Thema befasst, obgleich sich nicht alle Länder beteiligen. Bsp. Land BB: Der Weidenhof in der Uckermark 4 verfügt über gerade mal 4 Plätze.</p> <p>Frau Galle formuliert die Anforderungen an eine Einrichtung für</p>	Beschlussvorlage für Um-laufverfahren

			<p>den Erhalt der Betriebserlaubnis.</p> <p>Es gibt Initiativen zur Schaffung von Versorgungsplätzen z.B. von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter. Herr Obermann bewertet es zwar als gut, dass dieses Thema aufgegriffen wird – allerdings fehle es an einem <u>geeigneten Begriff für dieses Thema</u>. Zustimmung dazu äußert Frau Hildebrandt: Es sei ein Warnsignal, wenn man kein Wort dafür finde!</p> <p>Es bedarf geeigneter Strukturen und neue Formen von Plätzen. Was kann in BB getan werden? Stichwort: UMA Netzwerk Clearing als Beispiel. Um den KJ mit komplexen Hilfebedarfen und Herausforderungen zu helfen, wird die Expertise aus dem UA HzE gefordert. Ein Beschluss wird unterstützt und für zügiges Handeln ein Umlaufbeschluss anvisiert.</p> <p>Frau Radig meint, die Zielgruppe sei definiert aber für eine Lösung brauche es, eine aus fachlicher Sicht notwendige Ausgestaltung der Leistung sowie eine Bedarfsermittlung und Ursachenergründung.</p> <p>Herr Dr. Einig hat recherchiert, dass es keine Studien zur erheblich gestiegenen psychischen Belastung von KJ-FKs, die in den Kliniken arbeiten gibt.</p> <p>Frau Krumrey erwähnt ausdrücklich, dass geschlossene Einrichtungen nur die letzte Lösung sein können. Andere offenere Konzepte und Angebote sind immer vorzuziehen.</p> <p>Frau Radig sieht Bruchstellen im Kinderschutz, an diesen müsse man ansetzen und dort die Hebel anders setzen.</p> <p>Dr. Obermann meint, das Praxisgeschehen müsse einbezogen werden. Es bedarf Lösungen mit Umsetzungsperspektive.</p> <p>Frau Hildebrandt äußert, dass herausfordernde Verhalten der KJ sei ein Symptom unsere Gesellschaft.</p> <p>Dr. Einig plädiert für die Einbeziehung aller Akteure für eine übergreifende Lösung: Jugendamt, freie Träger, Kliniken, usw.</p> <p>Mones: Vorschlag Umlaufbeschluss Dr. Einig Vorbereitung</p>	
7	I	Herr Mones Herr Dr. Einig	<p><b>Bildungsplan</b></p> <p>BE: Dr. Einig</p> <p>Der UA Kita unterstützt den Bildungsplan, da er an den Kinderrechten orientiert ist und <u>hat dazu Beschlussvorlage erstellt. Da heute nicht beschlussfähig, sollte neuer Umlaufbeschluss erstellt werden.</u> Der LKJA sollte eine eigene Empfehlung zum Kita-Bildungsplan herausgeben.</p> <p>Herr Westphal erläutert:</p>	Beschlussvorlage, Umlaufbeschluss

			<p><u>Abseits von Gesetzen besitzen E die größtmögliche Verbindlichkeit.</u></p> <p>E sind grundsätzlich verbindlich aber es kann begründete Ausnahmen geben.</p> <p>Das MBSJ kann nicht verbindlicher sein. Es ist das max. des MBSJ. Nur der Landtag kann Gesetze oder Verordnungen erlassen.</p> <p>Herr Mones ergänzt es bedarf auch des Raums für Abweichungen und Einzelfälle. Es solle eine gewisse Pluralität der Angebote erhalten bleiben. Weiterhin wird das SGB VIII im Blick behalten.</p> <p>Frau Hildebrandt betont, der Bildungsplan ist der pädagogische Rahmen für BB und steht dahinter. Teilweise hätte allerdings das Erläuterungsschreiben von AL2 aus dem MBSJ weitere Fragen aufgeworfen.</p> <p>Frau Radig fragt bezüglich der Trägerberatung was der Wille der obersten Landesjugendbehörde ist: BAGLJÄ-E o. Bildungsplan?</p> <p>Herr Westphal erklärt, die <u>E der BAGLJÄ hat keinen amtlichen Charakter. Bildungsplan ist für die Kita die zentrale Grundlage und nichts Anderes.</u> Die Grundsätze elementarer Bildung werden durch den Bildungsplan abgelöst.</p> <p>Ein neues Kita-Finanzierungsrecht ist notwendig und anvisiert. Der Bildungsplan kann noch ergänzt werden perspektivisch. Jedoch ist Qualität und Verwendbarkeit bereits gegeben alles andere einer neuen Regierung kann nur Zusatz sein. Es läuft eine Finanzierung der Fortbildungen zum Bildungsplan durch das MBSJ.</p> <p>Herr Mones erwartet dazu einen Umlaufbeschluss.</p>	
8	I	Herr Schulz	<p><b>Bedarfsgerechte Angebote für junge Menschen zur Fortschreibung der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Netzwerke Gesunde Kinder (RL-NGK)</b></p> <p>BE: Herr Schulz, Ref. 21</p> <p>Das Programm soll 2025 fortgeschrieben werden, es gibt keine inhaltlichen Änderungen. Die MBSJ RL erfährt aktuell lediglich eine formale Fortschreibung. Derzeit befindet das Programm sich jedoch in einer konzeptionellen Überarbeitung und es soll bis zum 6 Lebensjahr ausgeweitet werden. Dies hängt jedoch von der Verabschiedung des HH ab.</p> <p>UA JJQ hat dazu Stellung bezogen, diese wurde als Anlage versandt: <u>Siehe RL-NGK.</u></p> <p>Die Benennungsherstellung ist gegeben.</p>	

			Frau Heyland macht darauf aufmerksam, dass Stigmatisierung drohe, wenn ausschließlich KJ aus schwierigen sozialen Verhältnissen darin sind. Daher müsse es offen für alle sein.	
9	I	(Herr Feuerschütz)  Herr Dr. Einig	<p><b>Bericht der Unterausschüsse:</b></p> <p><b>(1) Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz</b> Herr Feuerschütz ist nicht anwesend. Frau Hansen verschiebt die BE auf das nächste Mal.</p> <p><b>(2) Kindertagesbetreuung</b> Ein Austausch zum Bildungsplan ist erfolgt. Siehe vorheriger Bericht von Dr. Einig oben zum TOP.</p> <p>Das Kitajahr endet am 31.07.25 und es gibt eine Lücke von 5 Wo in der Betreuung. Das beginnt erst am 09.09.25. Die Regelungen hierzu sind unterschiedlich. Herr Einig führt es auch es gebe Überlegungen zu einer Empfehlung, ein Rechtsanspruch für die unterrichtsfreie Zeit besteht nicht. Demgegenüber steht der Ganztagsanspruch.</p> <p>Alle Felder der KJ-Hilfe sind betroffen von den sinkenden Geburtenzahlen, die jetzt so niedrig wie zuletzt 1996 sind. Der demografische Wandel ist problematisch und flankiert einen Wegfall von Betreuungsplätzen. Dann würden sich in Zukunft keine Familien mehr ansiedeln. Hierzu wird es eine Sondersitzung des UA Kita geben und vermutlich eine Beschlussvorlage</p> <p>Das Kita-Qualitätsgesetz vom Bund befindet sich dort aktuell in Abstimmung. Eine E zur Mittelverwendung kommt.</p> <p>Austausch zu KitaPersV und BiuF-Gutachten: Die FK-Freistellung nach Delikten ist kritisch, diese würde einem Gerichtsverfahren nicht standhalten.</p> <p>Zur Bertelmann-Studie: Die Kita-Erzieherinnen in BB haben hohen Krankheitsfaktor, nur in B ist er noch höher. Hierzu sieht der UA Kita Handlungsbedarf und wird einen Umlaufbeschluss erstellen. Herr Mones sieht den <u>TOP im nächsten LKJA</u>.</p>	TOPs für nächste Sitzung

			<p>Dr. Irmeler berichtet aus dem Ref. 23, dass die RL Sprach-Kita und RL KOKIB in diesem Jahr kommen für 2025. Allerdings via VE Stabilisierung. Eventuell daher erst mal nur mit jeweils halbjährige Zusage, das zweite Hj. kann voraussichtlich erst mit der neuen Regierung angegangen werden.</p> <p><b>(3) Hilfen zur Erziehung</b> BE: Herr Einig berichtet i. V. von Herrn Decker, dass es einen interdisziplinären Fachaustausch über junge Menschen mit komplexen Hilfebedarfen gab. In den speziellen Einrichtungen dafür in Brandenburg gibt es 10% Belegung aus dem Nachbarland Berlin.</p> <p><b>(4) Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung</b> BE: Herr Einig übermittelt, dass der UA nicht getagt hat.</p>	
10	I	Herr Westphal	<p><b>Bericht der obersten Landesjugendbehörde</b> BE: Herr Westphal, AL2 Der Kinder-und-Jugend-Bericht steht an und es geht darum relevante Themen zu identifizieren. Frau Krumrey, die Landes-Kinder-und Jugendbeauftragte, sammelt – unter Beteiligung der KJ – Themen.</p> <p>Die inklusive KJ-Hilfe und Wiedereingliederungshilfe sollen sich bundesweit ändern. Das Land BB und Hamburg haben die Federführung in der Koordination der Länder inne. Ein Bundesratsverfahren wird vorbereitet. Das Eingliederungsrecht und das KJG müssen sich dann nochmal ändern, wenn das Inklusive SGB II kommt. Es soll eine grundsätzliche Erneuerung und Änderung der KJ-Hilfe geben.</p> <p>Herr Westphal berichtet zur KJG-Umsetzung, dass es sich mittlerweile im Druck befindet und zwar in vollständiger Form - allerdings ohne die Erläuterungen aktuell, vorangestellt ist jedoch eine Erklärung. Weitere Erläuterungsschreiben zum KJG sollen kommen. Die Erläuterungsschreiben werden auch selbst erläutert. Die Fortbildungen laufen und sind gut besucht. Ein Kommentar zum Gesetz von Frau Krumrey ist i.A.</p> <p>Rechtsverordnungen nach dem KJG zu Taschengeld, Verpflegungsgeld werden erarbeitet. Ebenso zur JuLeica und den BE. Es wird dargelegt, warum viele Verfahren erst mit einer neuen Landesregierung in Gang gesetzt werden können.</p>	

			<p>Haushaltsmittel sind noch vorhanden für u.a. das Ombudswesen und den Aufbau der Fachstellen. Es gibt Vereinbarungen analog §7 SGB VIII zur Finanzierung über längeren Zeitraum.</p> <p>Dr. Einig hat eine Nachfrage: Die Fachstelle Kinderschutz ist im KJG nicht extra benannt. Herr Westphal antwortet dazu das KJG sei nicht perfekt. So kann es mehr Fachstellen geben, als in ihm benannt sind. Weiterhin befindet sich eine Fachstelle für KJ mit komplexen Hilfebedarfen in der Planung. Frau Radig erkundigt sich, ob es Interessensbekundungsverfahren geben wird. Herr Westphal meint ja und keine Ausschreibungen. Musterverträge sollen konzipiert werden und Verwaltungsvorschriften.</p> <p>Der Haushalt 2025 wird besprochen. Es gibt Haushaltslücken und daher Einsparungen. Das Kita-Qualitätsgesetz vom Bund sieht Mittel vor. Das Geld von dort ist zwar bereits gebunden aber die Landesregierung entscheidet, wie sie es ausgibt. Es handelt sich um ca. 60 Mio. - 2. Jahre.</p> <p>Ab dem Jahr 2025 gibt es bei den Elternbeiträgen keine Schwelle mehr. Die KitaBBV ist aufgehoben.</p> <p>Für die UMAs ist die VV fertig gestellt, für den Umgang von Erstkontakt übers Feststellungsverfahren bis zur Abrechnung. Die VV liegt der Hausleitung vor. GEAS bedeutet Gemeinsamen Europäischen Asylsystem, es handelt sich um auf europäischer Ebene anzuwendendes Recht. Beim Netzwerk Clearing sind die Gespräche mit den Aufnahmestellen angelaufen. Das (zukünftig inklusive) SGB VIII und damit verbundene Änderungen und Fristen sind zu beachten.</p> <p>Herr Mones berichtet, dass Frau Melanie Balzer (ehem. RL Ref. 24) via Direktmandat in den Landtag einziehen wird.</p>	
11	I	Herr Mones	<p><b>Verschiedenes</b></p> <p>Herr Mones: Die AG Jugendhilfe (AGJ), die bundesweit tätig ist, hat Leitlinien zum Umgang mit der AfD erarbeitet. Sie soll als Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung angemeldet werden: Dem wird zugestimmt. <u>Siehe: Leitlinien der AGJ zum Umgang mit der AfD und anderen rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Akteuren</u></p>	TOP für kommende Sitzung

			<p>Frau Hansen hat zwei Veranstaltungshinweise vom LJR Landesjugendring BB: 16.10.24 Brandenburg nach der Landtagswahl 13.11.24 Aktionstag Jugend Frau Krumrey informiert darüber, dass der Kinder- und Jugendhilfe Landesrat KJLR neu gewählt wurde.</p> <p>Verabschiedung und Schließung der Sitzung gegen 17 Uhr. Der nächste LKJA tagt Online am 25.11.24 ab 14 Uhr.</p>	
--	--	--	--	--